

Protokollauszug

aus der
18. öffentliche Sitzung des Ortsbeirates Groß Glienicke - Videokonferenz
vom 12.01.2021

öffentlich

**Top 5.2 Förderung von Prozessen der Bauleitplanung
20/SVV/1267
geändert beschlossen**

Herr Sträter bringt die Vorlage ein und betont den positiven Effekt der Beschleunigung der Bearbeitung. Er schlägt eine Ergänzung bezüglich der Konsultation mit dem Ortsbeirat in der Phase der Erarbeitung des B-Plan-Vorentwurfs vor. Im Ergebnis der sich anschließenden Diskussion zieht Herr Sträter seine Ergänzung zurück und schließt sich der Meinung der Ortsbeiratsmitglieder an, die praktische Umsetzung abzuwarten.

Ergänzungsantrag:

Frau Malik schlägt folgende Ergänzung im Punkt 4 des Beschlusstextes vor:

...

4.

*Die Einbindung der jeweiligen Ortsbeiräte in Verfahren der Bauleitplanung soll durch **Mitarbeit und Gelegenheit zur Stellungnahme zum Vorentwurf im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung intensiviert werden.** ...*

Abstimmung:

Die o.g. Ergänzung wird

einstimmig angenommen.

Anschließend wird die so ergänzte Vorlage zur Abstimmung gestellt:

Der Ortsbeirat Groß Glienicke empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Zur Förderung von Prozessen der Bauleitplanung durch die Stadtverordnetenversammlung werden folgende Festlegungen getroffen:

1. In Planungsschritten, in denen nach den Verfahrensvorschriften des Baugesetzbuchs (BauGB) und der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) keine Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung erforderlich ist, wird im Regelfall keine Beschlussvorlage für die Stadtverordnetenversammlung erstellt, sondern es erfolgt eine Berichterstattung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes.
2. Vor Durchführung des jeweiligen Verfahrensschritts zur Aufstellung eines Bauleitplans oder zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) bzw. § 4a (3) BauGB ist dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes eine schriftliche Information über die konkrete Planung zur Herbeiführung eines entsprechenden Votums vorzulegen (zu den Inhalten dieser schriftlichen Information und den dazugehörigen Abläufen s. Begründung).

3. Wird zu einer konkreten Planung eine kontroverse inhaltliche Diskussion erwartet, ist jedoch weiterhin der Stadtverordnetenversammlung anhand von grundsätzlichen Planungsalternativen eine Beschlussvorlage zur Leitentscheidung zu unterbreiten. Diese Leitentscheidung soll nicht mit der Vorlage zu einem Auslegungsbeschluss kombiniert werden.
4. Die Einbindung der jeweiligen Ortsbeiräte in Verfahren der Bauleitplanung soll durch **Mitarbeit und** Gelegenheit zur Stellungnahme zum Vorentwurf im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung intensiviert werden. Die Aufbereitung der Stellungnahme des jeweiligen Ortsbeirats soll Gegenstand der Beratung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes im Rahmen der unter Position 2 dargestellten Vorgehensweise sein.
5. Die unter Position 2 bezeichnete schriftliche Information soll mit der anliegend beigefügten Vorlage erstellt werden, die Dokumentation des Willensbildungsprozesses soll mit dem hier ebenfalls enthaltenen Dokument im Ratsinformationssystem erfolgen (s. Anlage).

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.